

POLICY BRIEF

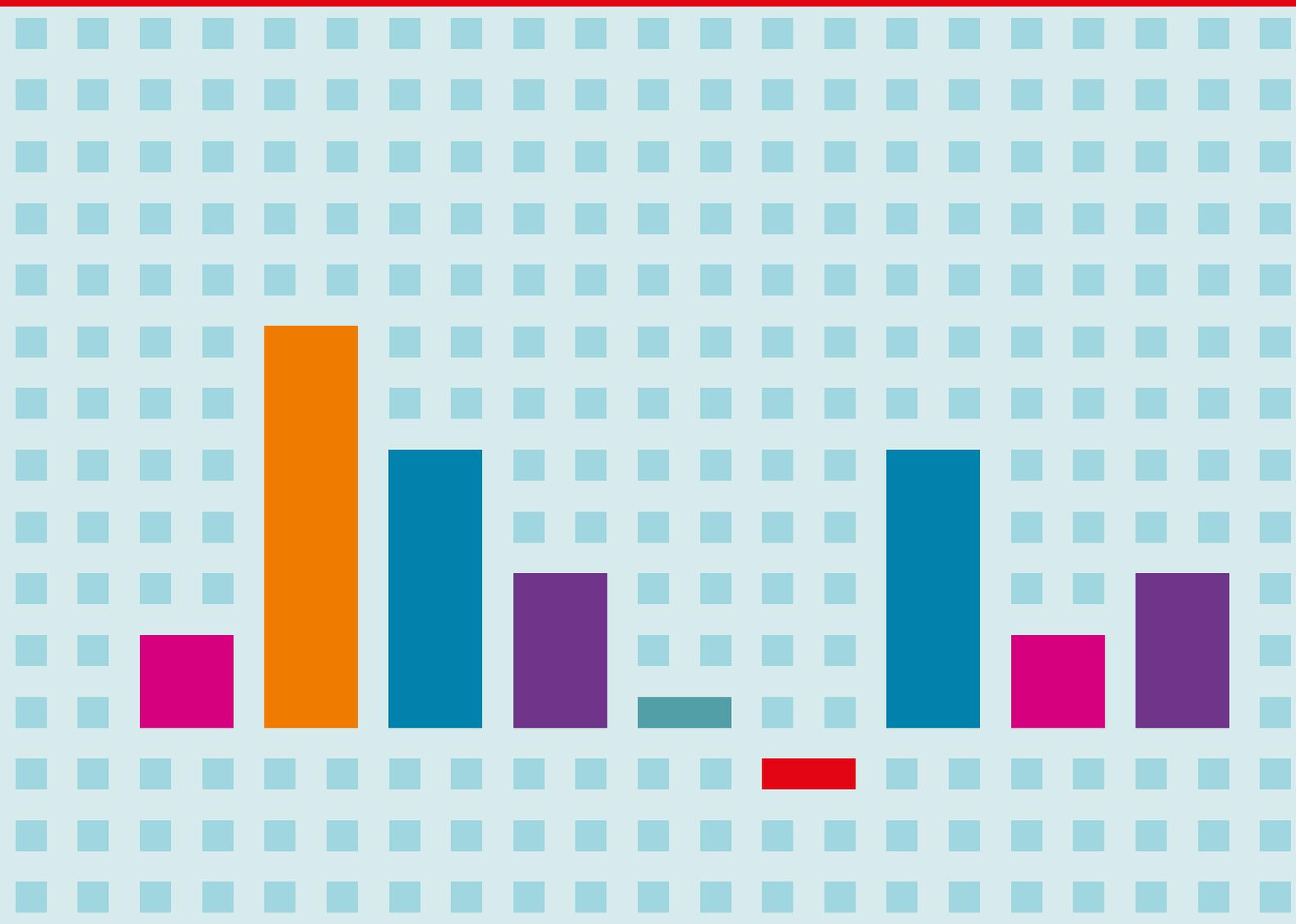
Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Policy Brief Nr. 125 · Juni 2022

ENERGIEPREISSCHOCK: BESONDERS GERINGVERDIENER WOLLEN KONSUM DEUTLICH EINSCHRÄNKEN

Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung

Jan Behringer, Sebastian Dullien



ENERGIEPREISSCHOCK: BESONDERS GERINGVERDIENER WOLLEN KONSUM DEUTLICH EINSCHRÄNKEN

Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung

Jan Behringer¹, Sebastian Dullien²

Zusammenfassung

Angesichts des jüngsten, kräftigen Anstiegs der Energie- und Lebensmittelpreise plant fast die Hälfte der deutschen Haushalte, ihren Konsum für eine Vielzahl von Konsumkategorien zurückzufahren. Das geht aus der aktuellen Welle der HBS-Erwerbspersonenbefragung hervor. Am häufigsten sind dabei Einschränkungen bei den Ausgaben für Gaststätten- und Restaurantbesuche, Bekleidung und Schuhe, im Freizeitbereich und für Innenausstattung und Haushaltsgeräte geplant. Dabei variieren die Pläne nach verfügbarem Einkommen: Am deutlichsten bzw. häufigsten wollen sich Haushalte mit geringem Einkommen einschränken. In dieser Gruppe gibt es auch eine Mehrheit, die weniger Lebensmittel kaufen will. Gleichzeitig plant eine Mehrheit der Deutschen, ihren Energieverbrauch einzuschränken, am häufigsten bei der Elektrizität. Auch die Pläne zum Energiesparen unterscheiden sich nach verfügbarem Einkommen: Haushalte mit geringem Einkommen wollen sich am deutlichsten bzw. häufigsten einschränken, Haushalte mit hohem Einkommen hingegen weniger bzw. seltener.

¹ Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Wissenschaftlicher Direktor des IMK, Sebastian-Dullien@boeckler.de

Einleitung

Seit der russischen Invasion in die Ukraine Ende Februar 2022 hat die Verbraucherpreisinflation in Deutschland Niveaus erreicht wie seit der Ölkrise in den 1970er Jahren nicht mehr. Im Mai 2022 lagen die Verbraucherpreise 7,9 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Insbesondere die Energiepreise erreichten dabei Rekordwerte und trugen unmittelbar rund die Hälfte zur hohen Inflation bei. Die hohen Energiepreise sind längst auch zum sozial- und wirtschaftspolitischen Thema geworden. Da Haushalte mit geringen Einkommen einen größeren Anteil ihrer Einnahmen für Haushaltsenergie aufwenden als jene mit hohen Einkommen, trifft die Inflation diese Haushalte überdurchschnittlich (Dullien/Tober 2022).

Die Bundesregierung hat als Reaktion in kurzer Folge im Februar und März 2022 zwei Entlastungspakete für die Privathaushalte angekündigt, die bereits im Mai 2022 verabschiedet wurden, und die größten Zusatzbelastungen durch die hohen Energiepreise ausgleichen sollen. Wie Berechnungen des IMK (Dullien/Rietzler/Tober 2022) zeigen, sind die Entlastungen für viele Haushalte durchaus substantiell, bleiben allerdings unvollständig und greifen bei manchen Haushalten gar nicht.

Dabei haben die Preissteigerungen potenziell auch Auswirkungen auf die Konjunktur. Da die Nominallöhne derzeit deutlich langsamer steigen als die Preise, verlieren die Beschäftigten in Deutschland an Kaufkraft. Soweit die Haushalte nicht bereit oder in der Lage sind, diesen Verlust an Kaufkraft durch geringere Ersparnisse auszugleichen, bleibt ihnen nur, den Konsum – von Energie und/oder anderen Gütern und Dienstleistungen – einzuschränken. Diese Konsumzurückhaltung droht dabei die Erholung des privaten Verbrauchs nach der Corona-Pandemie zu verzögern.

Dieser Policy Brief verwendet Daten aus der jüngsten Welle der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung (siehe Textbox), um die Reaktion der Haushalte in ihrem Konsumverhalten auf den Energiepreisanstieg der vergangenen Monate abzuschätzen. Im Folgenden wird zunächst dargelegt, inwieweit sich die privaten Haushalte durch die gestiegenen Energiepreise derzeit finanziell belastet fühlen. Daran anschließend werden die geplanten Änderungen im Konsumverhalten und im Verbrauch verschiedener Energieträger diskutiert. Zuletzt geht der Policy Brief auf die geplante Verwendung der in den Entlastungspaketen der Bundesregierung angelegten Einmalzahlungen (Energiepauschale und Kinderbonus) ein.

HBS-Erwerbspersonenbefragung

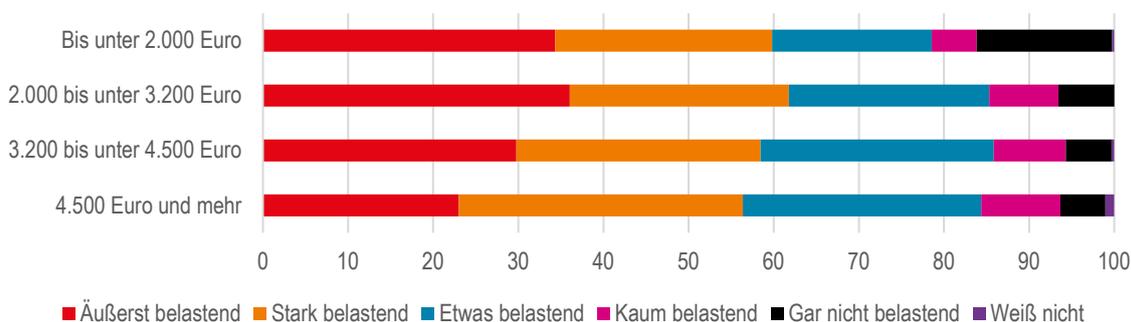
Die HBS-Erwerbspersonenbefragung ist eine repräsentative Befragung von Erwerbspersonen in Deutschland, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) durchgeführt wird. Diese beinhaltet zum jetzigen Zeitpunkt acht Befragungswellen und erfasst die Haushalts- und Erwerbssituation von rund 7.700 Erwerbspersonen ab 16 Jahren. In dem vorliegenden Policy Brief werden Daten aus der jüngsten Befragungswelle verwendet. An dieser Befragung, die vom 25. April bis 9. Mai 2022 durchgeführt wurde, nahmen rund 6.200 Personen teil. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (Computer Assisted Web Interviewing, CAWI) durchgeführt. Die Stichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand von festgelegten Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung abgebildet. Das bedeutet, dass eine Stichprobe erhoben wurde, die die Erwerbsbevölkerung Deutschlands entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet.

Finanzielle Belastung durch gestiegene Energiepreise

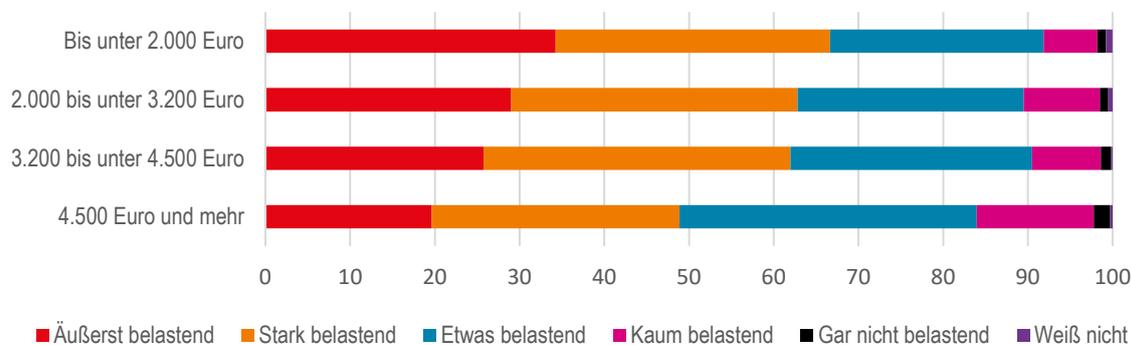
Unsere Umfrage liefert Hinweise, dass die gestiegenen Energiepreise in Deutschland bei vielen Haushalten zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. In Abbildung 1 wird die derzeitige subjektiv wahrgenommene finanzielle Belastung der Haushalte durch die Ausgaben für Kraftstoff (d.h. Benzin und Diesel) und sonstige Energie (d.h. Strom, Raumwärme, Warmwasser) für unterschiedliche Einkommensgruppen dargestellt.

Abbildung 1: Finanzielle Belastung infolge des Energiepreisanstiegs nach Einkommensgruppen
Angaben in %

a) Benzin/Diesel



b) Sonstige Energie



Quellen: Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung;
Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Dabei zeigt sich, dass über alle Einkommensgruppen hinweg die Mehrheit der befragten Haushalte die derzeitigen Ausgaben für Kraftstoff ebenso wie jene für sonstige Energie als finanziell stark belastend oder sogar äußerst belastend empfindet. Allerdings berichteten Haushalte mit geringen Einkommen deutlich häufiger von einer stärker ausgeprägten finanziellen Belastung durch die Ausgaben für Energie als Haushalte mit hohen Einkommen.

Bei den Ausgaben für Strom, Raumwärme und Warmwasser gaben knapp 35 Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro an, dass die Energiekosten in diesem Bereich für ihren Haushalt derzeit äußerst belastend sind. Die

empfundene Belastung sinkt mit steigenden Haushaltseinkommen. Unter den Haushalten, die über ein monatliches Nettoeinkommen von 4.500 Euro und mehr verfügen, berichteten nur rund 20 Prozent von einer äußerst stark ausgeprägten finanziellen Belastung. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Ausgaben für Kraftstoff. In den beiden unteren Einkommensgruppen gaben jeweils rund 35 Prozent der Haushalte an, dass die Ausgaben für Kraftstoff finanziell äußerst belastend sind. Demgegenüber berichteten in der obersten Einkommensgruppe nur rund 23 Prozent der Haushalte, dass sie Ausgaben in diesem Bereich als finanziell äußerst belastend empfinden.

Geplante Konsumänderungen

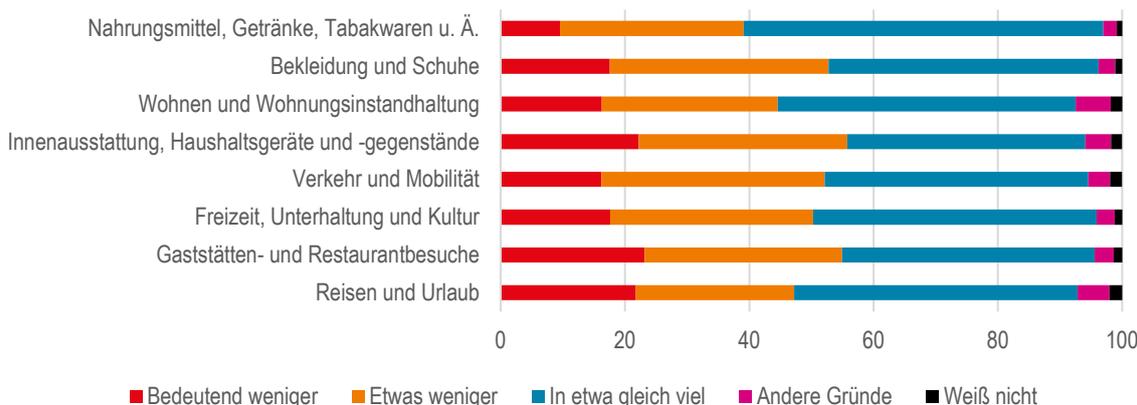
Wie beeinflusst der Anstieg der Energiepreise in Deutschland das Konsumverhalten der privaten Haushalte? Unsere Umfragedaten deuten darauf hin, dass die gestiegenen Energiepreise bei vielen Haushalten in den nächsten Monaten eine Konsumzurückhaltung hervorrufen könnten. Wir haben die Erwerbspersonen gefragt, inwieweit sie planen, in den kommenden zwölf Monaten aufgrund der gestiegenen Energiepreise ihren Konsum von anderen Gütern und Dienstleistungen anzupassen. Dabei wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, bei einer geplanten Reduktion diese weiter in „bedeutend weniger“ und „etwas weniger“ zu differenzieren. Die Wirkung des Energiepreisanstiegs auf den privaten Konsum lässt sich anhand der Umfragedaten zwar nicht quantifizieren. Allerdings erlaubt die Umfrage, eine erste Einschätzung der Reaktion der privaten Haushalte in ihrem Konsumverhalten für verschiedene Konsumkategorien vorzunehmen. Folgende Kategorien möglicher Güter und Dienstleistungen für eine Verhaltensanpassung wurden dabei in Anlehnung an die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) abgefragt:

- a) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches
- b) Bekleidung und Schuhe
- c) Wohnen und Wohnungsinstandhaltung
- d) Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
- e) Verkehr und Mobilität
- f) Freizeit, Unterhaltung und Kultur
- g) Gaststätten- und Restaurantbesuche
- h) Reisen und Urlaub

Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, äußerten dabei für die allermeisten Kategorien deutliche Mehrheiten Pläne für Konsumeinschränkungen. Am häufigsten gaben dabei die Befragten an, in der Kategorie Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände ihren Konsum einschränken zu wollen, knapp gefolgt von Gaststätten- und Restaurantbesuchen. Bei den Plänen zu Innenausstattung, Haushaltsgeräten und -gegenständen gaben fast 56 Prozent der Befragten an, „bedeutend weniger“ oder „etwas weniger“ kaufen zu wollen, bei Gaststätten- und Restaurantbesuchen rund 55 Prozent.

Abbildung 2: Konsumreaktion infolge des Energiepreisanstiegs

Angaben in %



Quellen: Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.

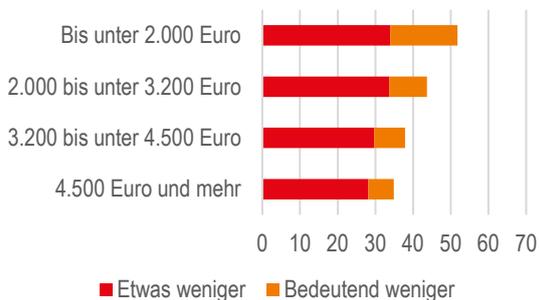


Auch in den Kategorien Bekleidung und Schuhe (53 Prozent), Verkehr und Mobilität (52 Prozent) sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur (knapp über 50 Prozent) gab eine Mehrheit an, den Konsum einschränken zu wollen. Bei den Kategorien Wohnen und Wohnungsinstandhaltung (45 Prozent) sowie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches (39 Prozent) berichteten immerhin große Minderheiten, den Verbrauch einschränken zu wollen.

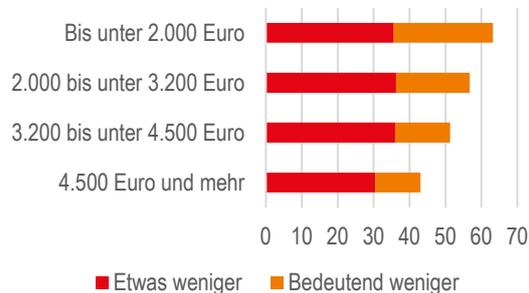
Die Pläne zu Konsumeinschränkungen sind dabei stark einkommensabhängig. So gaben unter den Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro rund 18 Prozent an, sie würden den Konsum von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren „bedeutend“ einschränken und weitere 34 Prozent, sie würden diesen „etwas“ einschränken, während unter den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 4.500 Euro nur 7 Prozent angaben, die Käufe hier „bedeutend“ reduzieren zu wollen, und nur 28 Prozent, „etwas“ weniger kaufen zu wollen (siehe Abbildung 3). Dabei zieht sich das Muster größerer Einschränkungspläne bei geringeren Einkommen durch alle abgefragten Konsumkategorien, wobei der Unterschied bei Reisen und Urlaub, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, sowie Gaststätten- und Restaurantbesuchen am größten ist. Bei Reisen und Urlaub ist dabei der Anteil jener in der unteren Einkommensgruppe, die angaben, den Konsum „bedeutend“ oder „etwas“ reduzieren zu wollen, mit 62 Prozent fast doppelt so hoch wie in der höchsten Einkommensgruppe mit 33 Prozent.

Abbildung 3: Konsumreaktion infolge des Energiepreisanstiegs nach Einkommensgruppen
Angaben in %

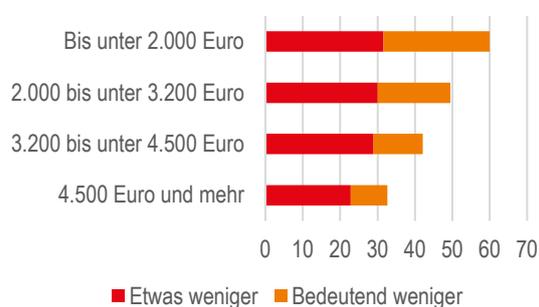
a) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä.



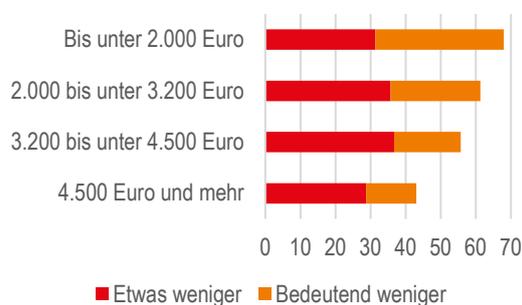
b) Bekleidung und Schuhe



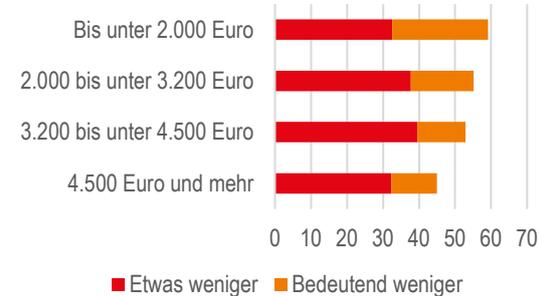
c) Wohnen und Wohnungsinstandhaltung



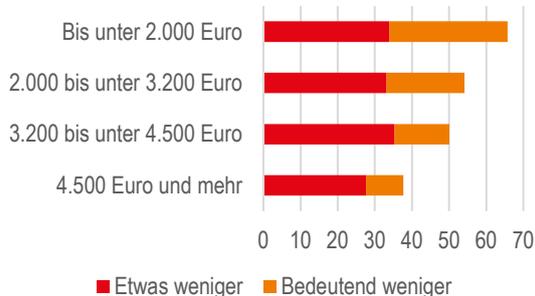
d) Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände



e) Verkehr und Mobilität



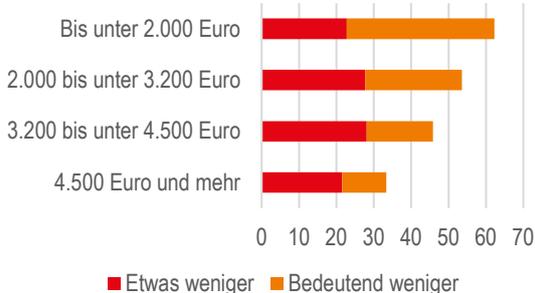
f) Freizeit, Unterhaltung und Kultur



g) Gaststätten- und Restaurantbesuche



h) Reisen und Urlaub



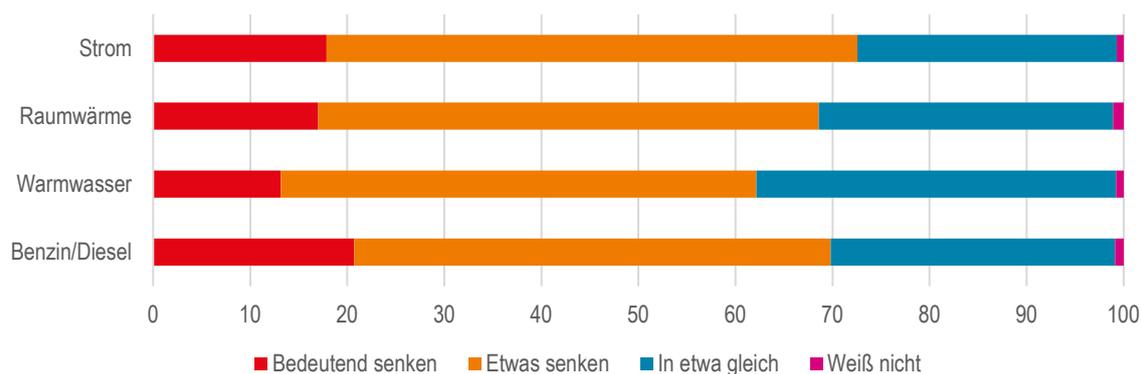
Quelle: Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung;
Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Geplante Änderungen beim Energieverbrauch

Die Erwerbspersonen wurden außerdem danach gefragt, inwieweit sie planen, in den kommenden zwölf Monaten aufgrund der gestiegenen Energiepreise ihren Energieverbrauch zu ändern. Dabei wurde ihnen wiederum die Möglichkeit gegeben, eine geplante Reduktion des Energieverbrauchs weiter abzustufen.

Abbildung 4: Reaktion Energieverbrauch infolge des Energiepreisanstiegs
Angaben in %



Quellen: Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung;
Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.

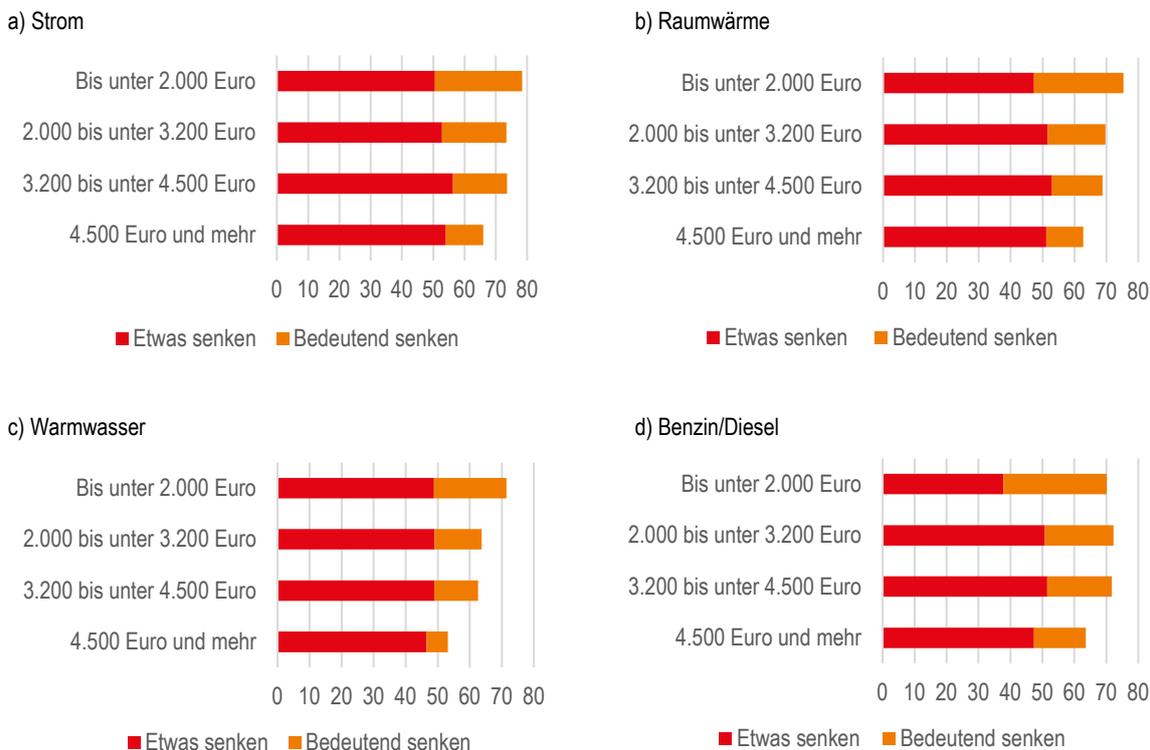


Abbildung 4 zeigt die geplante Änderung im Energieverbrauch für die Kategorien Strom, Raumwärme, Warmwasser und Kraftstoff. Die Anteile beziehen sich jeweils auf Haushalte mit einem Energieverbrauch in der entsprechenden Kategorie. Somit werden etwa für die Kategorie Benzin/Diesel nur Angaben jener Haushalte berücksichtigt, die Kraftfahrzeuge nutzen.

Aus der Abbildung geht hervor, dass in allen Kategorien jeweils die Mehrheit der Befragten die Absicht äußerte, den Energieverbrauch in den kommenden zwölf Monaten zu senken. Am häufigsten wurde dabei der Stromverbrauch genannt. In dieser Kategorie gaben rund 73 Prozent der Befragten an, den Verbrauch „bedeutend“ zu senken oder „etwas“ zu senken. Danach folgen die Kategorien Kraftstoff und Raumwärme. Hier planen jeweils knapp 70 Prozent der Befragten den Verbrauch zu senken, wobei für Kraftstoff der Anteil jener, die ihren Verbrauch „bedeutend“ senken wollen etwas größer ausfällt. Den Warmwasserverbrauch wollen rund 62 Prozent der befragten Haushalte reduzieren, rund 13 Prozent planen den Verbrauch sogar „bedeutend“ zu senken.

Hinter den berichteten Durchschnittswerten für die einzelnen Kategorien verbergen sich große Unterschiede zwischen den befragten Haushalten. Abbildung 5 zeigt die geplante Änderung im Energieverbrauch für unterschiedliche Einkommensgruppen. Dabei ist auffällig, dass Haushalte mit geringen Einkommen deutlich häufiger planen, in den kommenden zwölf Monaten ihren Energieverbrauch zu senken, als Haushalte mit hohem Einkommen. Diese Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen spiegeln sich insbesondere in den Anteilen jener Haushalte, die ihren Energieverbrauch „bedeutend“ senken wollen, wider.

Abbildung 5: Reaktion Energieverbrauch infolge des Energiepreisanstiegs nach Einkommensgruppen
Angaben in %

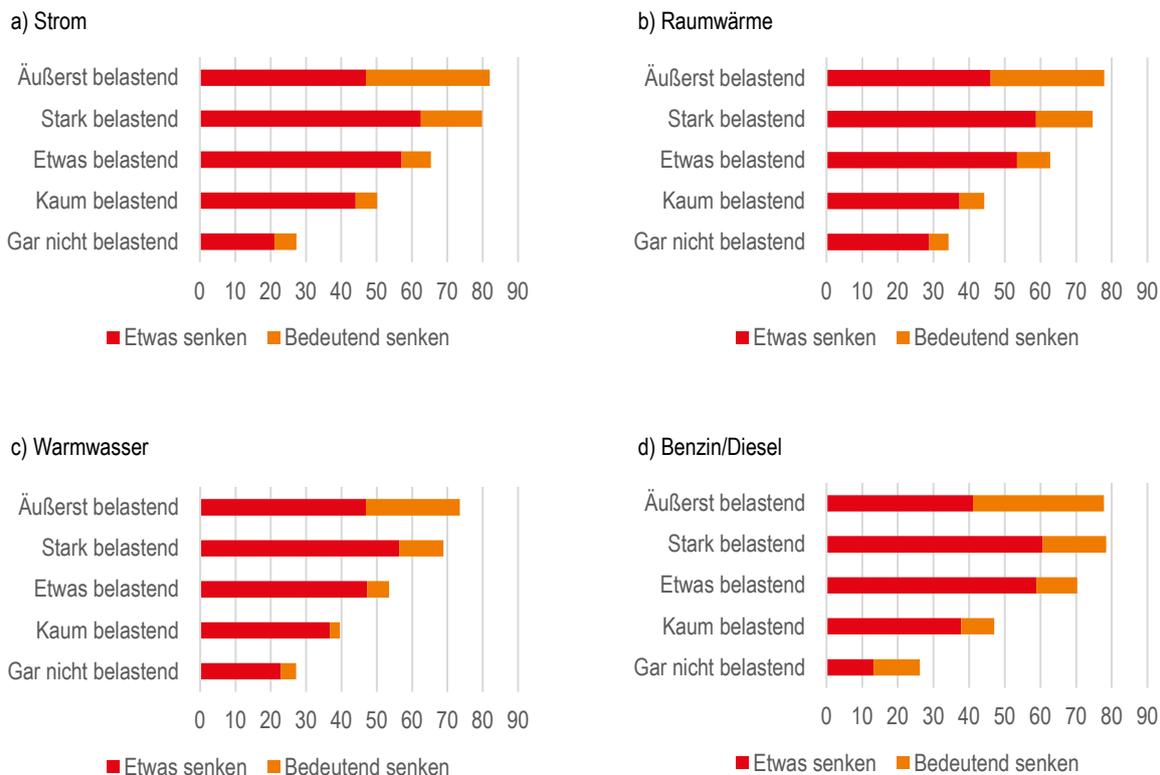


Quellen: ErwerbSPersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung;
Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



So gaben bei den Kategorien Strom und Raumwärme jeweils rund 28 Prozent der Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro an, sie würden ihren Verbrauch „bedeutend“ senken, wohingegen unter jenen Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 4.500 Euro nur rund 12 Prozent planen, den Verbrauch in diesen Kategorien „bedeutend“ zu senken. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Kategorie Warmwasser. In der untersten Einkommensgruppe gaben rund 23 Prozent der Haushalte an, sie würden ihren Verbrauch „bedeutend“ senken. Unter den Haushalten der obersten Einkommensgruppe planen in den nächsten zwölf Monaten hingegen nur knapp 7 Prozent eine Reduktion des Warmwasserverbrauchs. Bei Kraftstoffen gibt es ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen hinsichtlich der geplanten Änderung im Verbrauch. In der untersten Einkommensgruppe äußerte rund ein Drittel der Haushalte die Absicht, den Verbrauch „bedeutend“ einzuschränken. Zu beachten ist allerdings, dass auch unter den Haushalten der anderen Einkommensgruppen ein nennenswerter Anteil eine bedeutende Reduktion im Kraftstoffverbrauch plant.

Abbildung 6: Reaktion Energieverbrauch infolge des Energiepreisanstiegs nach finanzieller Belastung
Angaben in %



Quellen: ErwerbSPersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung;
Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Abbildung 6 zeigt die geplante Änderung im Energieverbrauch der befragten Haushalte nach deren gefühlter finanzieller Belastung durch die derzeitigen Ausgaben für verschiedene Energieträger.³ Dabei ist auffallend, dass insbesondere jene Haushalte eine deutliche Reduktion des Energieverbrauchs planen, die sich von den aktuell hohen Energiepreisen finanziell besonders belastet fühlen.

So planen unter den Haushalten, die ihre derzeitigen Ausgaben für Strom, Raumwärme und Warmwasser finanziell als äußerst belastend empfinden, rund 35 Prozent, in den kommenden zwölf Monaten ihren Stromverbrauch „bedeutend“ zu senken. In der Kategorie Raumwärme wollen 32 Prozent der befragten Haushalte ihren Energieverbrauch „bedeutend“ senken und in der Kategorie Warmwasser rund 27 Prozent. Unter den Haushalten, die sich durch die Preissteigerungen für Strom, Raumwärme und Warmwasser kaum oder gar nicht belastet fühlen, hat sich hingegen jeweils nur ein geringer Anteil vorgenommen, den Energieverbrauch „bedeutend“ zu senken. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Kategorie Kraftstoff. Unter jenen Haushalten,

³ Die Abbildung zur geplanten Änderung im Energieverbrauch für die Kategorie Kraftstoff verwendet Angaben zur wahrgenommenen Belastung durch die derzeitigen Ausgaben für Kraftstoff. Die Abbildungen zur geplanten Änderung im Energieverbrauch für die Kategorien Strom, Raumwärme und Warmwasser verwenden hingegen jeweils Angaben zur wahrgenommenen Belastung durch die derzeitigen Ausgaben für sonstige Energie, da die Belastung für diese Kategorien nicht separat abgefragt wurde.

die den Preisanstieg für Kraftstoff finanziell als äußerst belastend wahrnehmen, wollen knapp 37 Prozent ihren Energieverbrauch in dieser Kategorie „bedeutend“ senken. Auch hier unterscheiden sich die Pläne erheblich nach dem Ausmaß der gefühlten finanziellen Belastung.

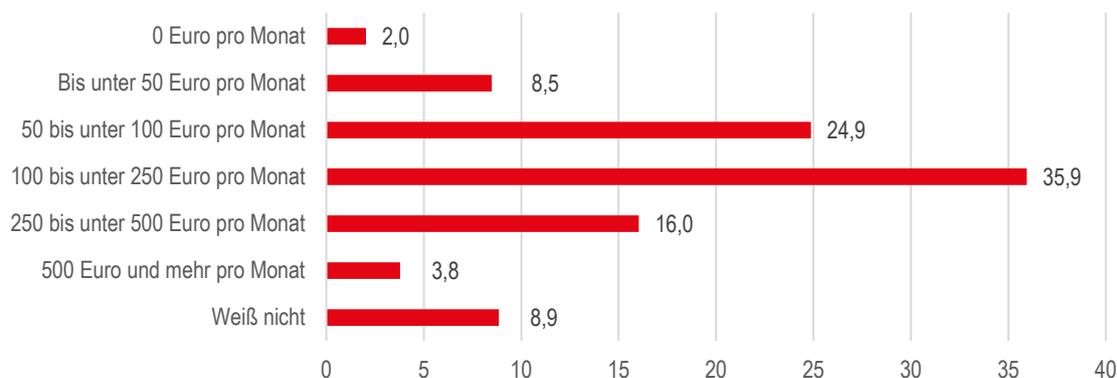
Unsere Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass nicht unbedingt jene Haushalte Energieeinsparungen planen, denen dies besonders leichtfällt, etwa weil bestimmte Wegstrecken nicht mehr mit dem Auto gefahren werden oder gut geheizte Wohnungen etwas weniger erwärmt werden. Vielmehr werden Einsparungen vor allem von jenen Haushalten vorgenommen, die ohnehin über geringe Einkommen verfügen und/oder eine angespannte finanzielle Situation haben.

Das Entlastungspaket der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat kürzlich zwei Entlastungspakete beschlossen, um die finanziellen Auswirkungen der höheren Energiekosten abzumildern. Wir haben die Erwerbspersonen deshalb gefragt, welche zusätzlichen monatlichen Zahlungen sie bräuchten, um den bisherigen Lebensstandard auch angesichts der gestiegenen Energiepreise aufrechterhalten zu können (siehe Abbildung 7). Hier gaben rund 36 Prozent der Befragten an, es seien zusätzlich 100 bis 250 Euro pro Monat notwendig und weitere 25 Prozent äußerten, sie bräuchten zusätzlich 50 bis 100 Euro pro Monat. Immerhin 16 Prozent gaben an, sie bräuchten zusätzlich 250 bis 500 Euro, um die gestiegenen Energiepreise auszugleichen.

Abbildung 7: Zusatzbudget infolge des Energiepreisanstiegs

Angaben in %



Quellen: Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.

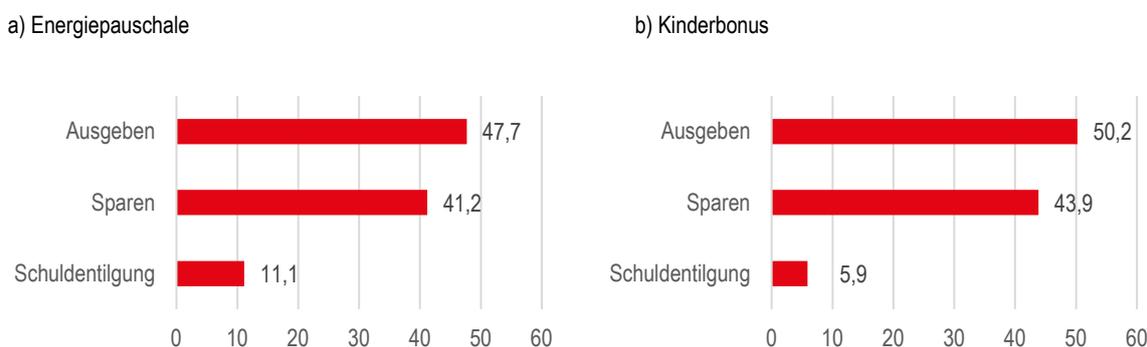


Diese Angaben decken sich grundsätzlich mit dem Befund von Dullien/Tober/Rietzler (2022), dass die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Entlastungen der Privathaushalte für viele Haushalte einen spürbaren Anteil der energiepreisbedingten Mehrbelastungen ausgleichen, dieser Ausgleich allerdings bei weitem nicht vollständig ist. Die Entlastungspakete der Bundesregierung haben insgesamt ein Volumen von rund 30 Mrd. Euro und enthalten eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Für die Gruppe der Erwerbspersonen sind dabei in erster Linie die Erhöhung

des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer, die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags, die Auszahlung von Kinderbonus (100 Euro pro Kind mit Anspruch auf Kindergeld) und Energiepauschale (300 Euro pro Erwerbstätigen), die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage, der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket für den ÖPNV relevant.

Je nach Haushaltstyp gleichen die Entlastungen dabei nach den Berechnungen von Dullien/Rietzler/Tober (2022) bis zu 90 Prozent der energiepreisbedingten Mehrbelastungen im laufenden Jahr aus, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Pakete erkennbar waren.⁴ Für eine durchschnittliche Familie mit zwei erwerbstätigen Erwachsenen, zwei Kindern und einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.000 bis 2.600 Euro ermitteln Dullien et al. (2022) eine Zusatzbelastung durch die gestiegenen Energiepreise für 2022 von 1.120 Euro und eine Entlastung von rund 1.000 Euro, und bei Familien mit einem Einkommen von 3.600 bis 5.000 Euro eine Zusatzbelastung von 1.318 Euro. Bei anderen Haushaltstypen, wie etwa gut verdienenden Singles, fällt die Entlastung relativ gesehen deutlich geringer aus. Alleinlebende mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Euro haben durch die höheren Energiekosten eine jährliche Mehrbelastung von knapp 1.000 Euro, während sie nur um etwas mehr als 400 Euro entlastet werden.

Abbildung 8: Geplante Verwendung der Einmalzahlungen
Angaben in %



Quellen: Erwerbspersonenbefragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Die Erwerbspersonenbefragung erlaubt, die Wirkung der Einmalzahlungen aus dem Entlastungspaket auf den privaten Konsum abzuschätzen. Wir haben die Erwerbstätigen sowie die Empfängerinnen und Empfänger des Kinderbonus zur geplanten Verwendung dieser Einmalzahlungen befragt. Konkret wurde die Frage gestellt, welchen Anteil dieser Einmalzahlungen die Haushalte in den nächsten zwölf Monaten voraussichtlich ausgeben oder sparen (bzw. für die Rückzahlung von Schulden verwenden) werden. Es liegen für 5204 befragte Haushalte Angaben

⁴ Konkret basierten die Schätzungen aus Dullien/ Rietzler/Tober (2022) auf der Inflationsprognose vom März 2022 aus Behringer et al. (2022). In Dullien et al. (2022) wurde diese Inflationsprognose angeho- ben, was dazu führen dürfte, dass auch die Belastungen auf Haushaltsebene etwas höher ausfallen als in Dullien/Rietzler/Tober (2022) angenommen.

zur geplanten Verwendung der Energiepauschale vor. Zudem haben 1709 Haushalte Angaben zur Verwendung des Kinderbonus gemacht.⁵

Abbildung 8 zeigt, dass die befragten Haushalte in den nächsten zwölf Monaten im Durchschnitt rund die Hälfte des Kinderbonus sowie der Energiepauschale (des Nettobetrags) ausgegeben werden. Dies deutet darauf hin, dass die Zahlungen einen spürbaren Beitrag zur Stützung der Konsumnachfrage leisten könnten, zumal frühere Befragungen nahelegen, dass bei vergleichbaren Einmalzahlungen am Ende weniger der zusätzlich erhaltenen Mittel gespart werden als ursprünglich geplant.⁶

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass der Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise in Deutschland Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen überproportional unter finanziellen Druck setzt, und dass die Anpassungslast beim Konsum in besonderem Maße auf diese Haushalte fällt. Sowohl die Energiesparanstrengungen wie auch die Einschränkungen bei anderen Konsumkategorien sind überproportional von diesen Haushalten geplant. Diese Beobachtung ist umso bedenklicher, als dass diese Haushalte in besonderem Maße Einsparungen bei Grundbedürfnissen wie Lebensmittel, Kleidung und Schuhe planen, für die nach den Daten der amtlichen Statistik in dieser Gruppe ohnehin nur begrenzte Mittel aufgewendet werden. Die Politik sollte dies beim Design weiterer Entlastungspakete berücksichtigen und weitere Maßnahmen so konzipieren, dass Haushalte mit geringen Einkommen spürbar stärker entlastet werden als jene mit höheren Einkommen. Die Auswertung der geplanten Verwendung von Energiepauschale und Kinderbonus legt zudem nahe, dass solche Zahlungen einen unmittelbaren spürbaren Einfluss bei der Stützung des privaten Verbrauchs haben und somit die Konjunktur stabilisieren können.

⁵ In der Erwerbspersonenbefragung gaben 1915 befragte Haushalte an, dass sie derzeit Kindergeld beziehen. Davon machten 206 keine Angaben zur geplanten Verwendung des Kinderbonus.

⁶ In einer früheren Welle der Erwerbspersonenbefragung gaben die Befragten an, von einer hypothetischen Einmalzahlung in den kommenden zwölf Monaten im Durchschnitt etwa 41 Prozent ausgeben zu wollen (Behringer/Dullien 2020). In einer nachfolgenden Welle gaben die gleichen Befragten dann an, von dem 2020 ausgezahlten Kinderbonus bis November 2020 im Durchschnitt bereits 51 Prozent ausgegeben zu haben und für die folgenden zwölf Monate noch einmal 15 Prozent ausgeben zu wollen (Behringer et al. 2021).

Literatur

- Behringer, Jan; Dullien, Sebastian (2020): Wie effektiv sind Mehrwertsteuersenkung und Kinderbonus im Konjunkturpaket? Erste Erkenntnisse aus der HBS-Erwerbstätigenbefragung, IMK Policy Brief 97, Düsseldorf.
- Behringer, Jan; Dullien, Sebastian; Gechert, Sebastian (2021): Wirkung des Konjunkturpakets 2020: Spürbarer Impuls vom Kinderbonus, wenig Wumms durch Mehrwertsteuersenkung, IMK Policy Brief 101, Düsseldorf.
- Behringer, Jan; Dullien, Sebastian; Herzog-Stein, Alexander; Hohlfeld, Peter; Rietzler, Katja; Stephan, Sabine; Theobald, Thomas; Tober, Silke; Watzka, Sebastian (2022): Ukraine-Krieg erschwert Erholung nach Pandemie. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2022/2023, IMK Report 174, Düsseldorf.
- Dullien, Sebastian; Tober, Silke (2022): IMK Inflationsmonitor: Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022, IMK Policy Brief 123, Düsseldorf.
- Dullien, Sebastian; Rietzler, Katja; Tober, Silke (2022): Die Entlastungspakete der Bundesregierung: Sozial ausgewogen, aber verbesserungswürdig, IMK Policy Brief 120, Düsseldorf.
- Dullien, Sebastian; Herzog-Stein, Alexander; Hohlfeld, Peter; Rietzler, Katja; Stephan, Sabine; Theobald, Thomas; Tober, Silke; Watzka, Sebastian (2022): Preisschocks, Lieferengpässe und hohe Unsicherheit. Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahresmitte 2022, IMK Report 175, Düsseldorf.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
